



## POLITIK / REDAKTION

### Washington - waffentechnisch dick aufgetragen ...

(SB) - Die F-35 Lightning II sollte die Antwort Lockheed Martins auf das Streben des Pentagons nach Luftüberlegenheit der US-Streitkräfte im 21. Jahrhundert liefern. Ob das 1993 konzipierte Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug jemals dem hohen Anspruch gerecht wird ist fraglich. Das teuerste Rüstungsprojekt aller Zeiten wird seit ... (Seite 3)

## POLITIK / KOMMENTAR

### Presse - mediale Fronten ...

(SB) - Verkehrte Welt. Weil der Inhalt eines Artikels, der in der anarchopazifistischen Zeitschrift Graswurzelrevolution (GWR) abgedruckt war, vom Verfassungsschutzchef des Landes Thüringens, Stephan Kramer, zur Begründung der Überwachung der AfD in seinem Bundesland herangezogen wurde, stellte ... (S. 4)

## UMWELT / REDAKTION

### Kohleabbau - Schäden umfassender und nachhaltiger ...

(SB) - In den USA werden für den Kohleabbau ganze Bergkuppen weggesprengt. Mit dem Abraum werden anschließend die Täler gefüllt. Abgesehen davon, daß durch die Verbrennung ... (S. 15)

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

## Brasilien Frauen gegen Bolsonaro

*von Luciana Rosa*



*Allein in Sao Paulo demonstrieren bis zu 200.000 Menschen gegen Bolsonaro*

*Foto: © Rovena Rosa/Agência Brasil*

(Montevideo, 17. September 2018, comcosur/poona) - Der brasilianische rechte Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro ist bekannt für seine Geringschätzung gegenüber Frauen, Schwarzen und Homosexuellen. Nun sieht er sich einer neuen Herausforderung gegenüber: Den Frauen. Am 29. September gingen in den wichtigsten Städten Brasiliens hunderttausende Menschen

[1], vor allem Frauen, gegen Bolsonaro auf die Straße. Organisiert wurden die Proteste von der Initiative "Frauen gemeinsam gegen Bolsonaro" [2].

Zwar könnte der Kandidat der rechtskonservativen Sozial-Liberalen Partei PSL (Partido Social Liberal) 24 Prozent der Wählerstimmen auf sich vereinen - 17 Prozent davon von Frauen - laut der letzten, durch das Institut Datafolha durchgeführten Umfrage. Doch rechnete Bolsonaro nicht mit der am 30. Juli 2018 hervorgerufenen Initiative: Die "Frauen gemeinsam gegen Bolsonaro" ha-

ben bereits eine Million Mitglieder erreicht und versprechen die Wahl desjenigen zu verhindern, den sie als "Unaussprechlichen" bezeichnen. Die Gruppe verzeichnet einen extremen Zulauf: ungefähr 10.000 Anträge auf Mitgliedschaft pro Sekunde, wie Ludimilla Teixeira, eine ihrer Leiterinnen erklärte.

In ihrer Selbstdarstellung heißt es, die Gruppe wolle "alle Frauen Brasiliens (und diejenigen, die außerhalb des Landes wohnen) vereinen, um gegen das Fortschreiten und die Stärkung von Machismus, Frauenfeindlichkeit und anderen Arten von Vorurteilen vorzugehen - Eigenschaften, die der Präsidentschaftskandidat Jair Bolsonaro verkörpert. (...) Dies ist eine große Gelegenheit zur Vereinigung! Und der Anerkennung unserer Stärke!"

Eine der hauptsächlichen Sorgen der Wählerinnen sind Haltungen wie die, die der damalige Kongressabgeordnete Bolsonaro im Jahr 2014 gegenüber der Abgeordneten Maria do Rosário vertrat als er erklärte, diese sei derart hässlich, dass sie es "nicht verdienen, vergewaltigt zu werden". Das Video mit diesem Vorfall wurde in der Gruppe mehrfach verbreitet.

### **Bolsonaro "hat keine demokratischen Werte"**

Bruna Soalheiro, Historikerin aus Rio de Janeiro, erzählt, dass sie sich der Gruppe auf Einladung einer ihrer Professorinnen angeschlossen hat. "Am Anfang dachte ich daran, abzulehnen, da ich dagegen war, den Namen Bolsonaros bei Posts im Netz zu ver-

wenden", berichtet sie. "Aber dieser Kandidat verkörpert mehr als den Widerspruch der Intoleranz. Es ist ein Widerspruch der Demokratie. Eine Person ohne demokratische Werte als Kandidat für ein gewähltes Amt ist ein Widerspruch in sich. Jede Bewegung, die dies in der heutigen Zeit immer klarer herausstellt, muss unsere Aufmerksamkeit bekommen". So begründet die Historikerin ihre geänderte Meinung.

Für die Kulturschaffende Maria Elisa Macedo aus dem südöstlichen Bundesstaat Minas Gerais "ist (die Gruppe) unglaublich wichtig, da es sich um eine Frauenbewegung handelt, die gegen Faschismus ist. Dieser ist in unserer Welt so allgegenwärtig, vor allem in Lateinamerika. Diese Bewegung der Frauen ist grundsätzlicher Natur, da sie sich zum Wohl der Demokratie vereinen, auf Basis der Menschenrechte". Die Produzentin zeigt sich optimistisch, was die Ergebnisse am kommenden 7. Oktober 2018 angeht, dem Tag der Präsidentschaftswahlen. "Ich glaube stark an die Rolle der Frauen als Quelle wertvoller Ideen mit dem Ziel, der Unterwerfung und Unterdrückung zu entkommen - Bedingungen, mit denen wir immer leben mussten und die zentrale Themen im Wahlkampf des "Unaussprechlichen" sind. Er ist ein Mann, der die Gewalt in seinen Reden mit sich bringt und diese schreckliche Welle verkörpert".

### **52 Prozent aller Wahlberechtigten Brasiliens sind Frauen**

52 Prozent aller Wahlberechtigten Brasiliens sind Frauen. Deshalb könnte eine Initiative wie

diese, die versucht, das Fortschreiten der Popularität Bolsonaros im Netz zu bremsen und Wählerstimmen auf eine/n andere/n Kandidat\*in zur vereinen, um einen möglichen Sieg des ultrarechten Politikers zu verhindern, großes Gewicht in einem so schwankenden Szenario wie bei diesen Wahlen haben.

Auch die Kandidatin der Arbeiterpartei PT (Partido dos Trabalhadores) für das Amt der Vizepräsidentin, Manuela d'Ávila, forderte ihr Publikum auf, sich der Gruppe in Curitiba anzuschließen, nachdem Fernando Haddad zum Präsidentschaftskandidat ihrer Partei ernannt worden war. "Weil wir Frauen diejenigen sind, die die Auswirkungen der Krise stärken spüren und wir daran gewohnt sind. Die Aufmerksamkeit, die wir auf diese Wahl legen, ist proportional zu dem Bewusstsein, das wir haben hinsichtlich der Konsequenzen, die eine falsche Entscheidung auf das Leben unserer Bevölkerung haben kann", betonte die Kandidatin und lud ihre Anhängerinnen ein, sich den "Frauen gegen Bolsonaro" anzuschließen. Unabhängig von dem Aufruf von Manuela d'Ávila ist eine der Regeln der Facebook-Gruppe, keine Wahlpropaganda für Kandidat\*innen durch ihre Mitglieder zuzulassen.

Da die Gruppe "Frauen gegen Bolsonaro" so stark gewachsen ist, plant man nun öffentliche Veranstaltungen und Proteste im ganzen Land wie am 29. September zu organisieren.

*Luciana Rosa ist brasilianische Journalistin.*

**Anmerkungen:**

[1] <http://agenciabrasil.ebc.com.br/politica/noticia/2018-09/mulheres-protestam-em-varias-cidades-contra-machismo-e-homofobia>

[2] <https://www.facebook.com/mulheresunidascontrabolsonaro/>

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/poonal/frauen-gegen-bolsonaro/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/soziales/psfra749.html>



**POLITIK / REDAKTION / MILITÄR**

**Washington - waffentechnisch dick aufgetragen ...**

(SB) 2. Oktober 2018 - Die F-35 Lightning II sollte die Antwort Lockheed Martins auf das Streben des Pentagons nach Luftüberlegenheit der US-Streitkräfte im 21. Jahrhundert liefern. Ob das 1993 konzipierte Tarnkappen-Mehrzweckkampfflugzeug jemals dem hohen Anspruch gerecht wird ist fraglich. Das teuerste Rüstungsprojekt aller Zeiten wird seit Jahren von Pleiten, Pech und Pannen verfolgt und gilt längst als Paradebeispiel einer Waffenentwicklung, die sich weniger nach den tatsächlich zu erwartenden militärischen Bedürfnissen als vielmehr nach den Subventionswünschen der US-Rüstungsindustrie und ihrer politischen Wasserträger im Washingtoner Kongreß richtet. Das US-Verteidigungsministerium will insgesamt 2663 F-35-Maschinen in verschiedenen Versionen für Luftwaffe, Marine und Marineinfanterie kaufen. Hunderte weiterer Exemplare des Kampffjets der 5. Generation sollen an die US-Verbündeten Australien, Frankreich, Dänemark, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada, die Niederlande und die Türkei verkauft werden. Der Stückpreis liegt bei über 100 Millionen Dollar. Insgesamt hat die gigantische Rüstungsbeschaffungsmaßnahme den US-Steuerzahler bislang 1,5 Billionen Dollar gekostet. Wie hoch sich die Endsumme belaufen wird steht in den Sternen.

Als es in den Nullerjahren zu erheblichen Problemen bei der Entwicklung der F-35 kam, die das

Aus für das Projekt hätten bedeuten können und vielleicht sogar müssen, hatten Generalität und Hersteller einen genialen Einfall. Sie schlugen vor und setzten es auch noch durch, die Probephase einfach zu überspringen und mit der kühnen Behauptung in die Produktion und Auslieferung zu gehen, die technischen Hindernisse und Unzulänglichkeiten könne man im Verlauf des regulären Betriebs ausbügeln. Diese Umgehung des vorgeschriebenen Kontrollprozesses war natürlich eine Schnappsiee und hat sich inzwischen auch als solche entpuppt. Weil die F-35 als einmotorige Maschine gebaut wurde, entwickelt sich im Innern soviel Druck, daß giftige Dämpfe sogar unter die Atemmaske der Piloten in der Kabine gelangen und Bewußtseinseintrübungen hervorrufen. Die Flugeigenschaften des Tarnkappenfliegers bleiben hinter den Erwartungen zurück, während Ausfälle und Neustarts aufgrund der hochkomplizierten, offenbar störanfälligen Software an der Tagesordnung sind.

Bereits im Januar hat das Government Accountability Office (GAO) des Kongresses, vergleichbar dem deutschen Bundesrechnungshof, bei der F-35 nicht weniger als 111 Mängel der Kategorie I festgestellt. Das sind Mängel oder Konstruktionsfehler, die "Tod, schwere Verletzung oder berufsbedingte Krankheit verursachen, zum Verlust oder zu schwerer Beschädigung des Waffensystems führen, die Kampfbe-



reitschaft der betroffenen Teilstreitkraft beeinträchtigen oder einen Produktionsstopp auslösen könnten". Bis heute ist keiner dieser Fehler behoben worden. Im Juni wurden lediglich 19 Mängel auf Drängen von Lockheed Martin in die weniger gravierende Kategorie II herabgestuft. Dies berichtete am 31. August Military.com unter Verweis auf die angesehenen Anti-Korruptionsinitiative Project on Government Oversight (POGO).

Um etwas für das ramponierte Ansehen der F-35 zu tun, hat das Pentagon sie am 27. September ihren ersten regulären Kampfeinsatz absolvieren lassen. Wie die Nachrichtenagentur Reuters berichtete, flog eine senkrechtstartende F-35-B-Maschine der Marineinfanterie vom Deck der USS Essex, eines im Arabischen Meer vor der Küste Pakistans stationierten amphibischen Landungsschiffs, nach Afghanistan und jagte mit zwei Bomben ein Waf-fenlager der Taliban oder der "Terrormiliz" Islamischer Staat

(IS) in die Luft. Auf dem Veteranenportal Task & Purpose hat der ehemalige Marineinfanterist Paul Szoldra die Operation als sinnlose, überbezahlte PR-Aktion des Militärs kritisiert. Szoldra fragte - rhetorisch natürlich -, warum ein in erster Linie für den Luftkampf gegen die modernsten Maschinen Rußlands und Chinas gebautes Flugzeug für Millionen von Dollar eine Aufgabe übernehmen mußte, welche die US-Luftwaffe in Bagram oder eine CIA-Drohne leichter, billiger und schneller hätte erledigen können.

Die Rache für das durchsichtige Propagandamanöver folgte gleich am nächsten Tag, als eine F-35 kurz nach dem Start zu einem Trainingsflug vom Stützpunkt der US-Marineinfanterie bei Beaufort, South Carolina, abstürzte und in Flammen aufging. Zum Glück konnte sich der Pilot rechtzeitig mit dem Schleudersitz retten. Die Maschine wurde von einem Mitarbeiter des Pentagons gegenüber einem Reporter der Nachrichtenagentur Agence

France Presse als "Totalverlust" bezeichnet. Zur Ursache des Unglücks ist nichts bekannt, die Ermittlungen laufen. Währenddessen hat Federico Pieraccini in einem am 30. September bei Strategic Culture Foundation erschienenen Artikel eine weitere Gefahr für den Ruf der F-35 ausgemacht, nämlich die Entscheidung Moskaus, nach dem Abschluß eines russischen Spionageflugzeugs Mitte September vor der Küste Latakias das russische Luftabwehrsystem S-300 nach Syrien zu verlegen. Nach Ansicht Pieraccinis könnte Lockheed Martin bald völlig blamiert werden, sollte Israel, wie angekündigt, weiterhin Angriffe gegen iranische Stellungen in Syrien fliegen und auf die F-35 zurückgreifen; denn angeblich könnte diese von der fast fünfzig Jahre alten S-300-Boden-lufttrakete vom Himmel geholt werden.

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/redakt/milt-927.html>

## POLITIK / KOMMENTAR / PROPAGANDA

### Presse - mediale Fronten ...

(SB) 2. Oktober 2018 - Verkehrte Welt. Weil der Inhalt eines Artikels, der in der anarchopazifistischen Zeitschrift Graswurzelrevolution (GWR) abgedruckt war, vom Verfassungsschutzchef des Landes Thüringens, Stephan Kramer, zur Begründung der Überwachung der AfD in seinem Bundesland herangezogen wurde, stellte der innenpolitische Spre-

cher der AfD-Fraktion im Thüringer Landtag, Jörg Henke, die GWR am 21. September als "linksextremes Schmierblatt" an den Pranger. Mit seiner Behauptung, der Verfasser Andreas Kemper habe sich "verfälschter Argumente" [1] bedient, hielt er sich aus gutem Grunde bedeckt. Was die neue Rechte im Falle der bürgerlichen Presse zum pauscha-

len - und damit nicht rechen-schaftspflichtigen - Vorwurf der notorischen Lüge verdichtet hat, unterblieb in diesem Fall. Henke hätte rechtliche Schritte fürchten müssen, wenn er den Autoren konkret falscher Tatsachenbehauptungen bezichtigt hätte.

Unter der Überschrift "Björn Höckes faschistischer Fluss - Der

völkische Machiavellismus des AfD-Politikers" [2] unterzog Kemper das aus einem langen Interview mit dem AfD-Politiker hervorgegangene Buch "Nie zweimal in denselben Fluss" einer akribischen Analyse. Er gelangt dabei zu dem Schluß, daß die AfD "nicht weiter als 'rechtspopulistisch' oder 'nationalkonservativ' verharmlost werden" dürfe. Mit der Rehabilitation des zwischenzeitlich von einem Parteiausschlußverfahren bedrohten Höcke sei "die AfD faschistoid, denn die Tendenz in der AfD geht in Richtung Höcke, also Faschismus." Indem Kemper aus dem Vollen der Bekenntnisse des Thüringer Politikers schöpft und seine Worte ernst nimmt, tut er im Grunde genommen nichts anderes als das, was dieser intendiert haben dürfte, als er seine Gesinnung frei und offen zu Gehör brachte. Nun gegen die kritische Lektüre des Buches zu polemisieren fördert vor allem zu Tage, daß die AfD ein prinzipielles Problem mit dem demokratischen Diskurs hat.

Wenn sich ihre PolitikerInnen dagegen wehren, in die faschistische Ecke gestellt zu werden, dann vor allem deshalb, weil die Partei noch nicht auf die Positionen ihres rechtsradikalen Flügels eingeschworen ist. Im demokratischen Schönheitswettbewerb durchzufallen ist für sie ein Hindernis auf dem Weg zur Macht, also behilft man sich damit, in wichtigen programmatischen Punkten indifferent und vielseitig auslegbar zu agieren. Sich zur Zeit auf wesentliche politische Positionen eindeutig festzulegen bedrohe den Bestand der Partei, meint die AfD-Aussteigerin Franziska Schreiber in ihrem Buch "Inside AfD" [3]. Zugleich sorge Höcke

dafür, daß die Grenze des ungestraft Sagbaren immer weiter nach rechts wandert und die Liberalen in der Partei zum Austritt genötigt würden. Da der Aufstieg Höckes zum AfD-Führer ihrer Einschätzung nach kaum noch zu verhindern sei, wobei die Beobachtung der Partei durch den Verfassungsschutz seinen Kultstatus nur noch erhöhe, besteht die reale Gefahr, daß die neue Rechte in Deutschland autoritäre Verhältnisse durchsetzt, von denen viele Menschen glauben, daß sie nur in Ländern wie der Türkei möglich seien.

Demgegenüber ist der Vorgang, daß der Chef eines Landesamtes für Verfassungsschutz aus einer Zeitschrift zitiert, die ihrerseits in verschiedenen Verfassungsschutzberichten Erwähnung fand, kaum der Erwähnung und ganz bestimmt nicht der Skandalisierung wert. Wenn die AfD-Landtagsfraktion Thüringen, deren Fraktionsvorsitzender Höcke ist, dies als "Anschlag auf die Verfassung" [4] verurteilt, dann nimmt diese Scharade Züge einer Real satire an. Gleiches gilt für Bild am Sonntag, wo der Vorgang am 23. September in der Aussage gipfelte, die "linksextreme" Graswurzelrevolution kämpfe "seit 1972 für die Abschaffung unseres Staates" [5]. Die PolitikerInnen der AfD können gar nicht demagogisch genug auftreten, als daß die Front zwischen ihnen und dem Bürgertum gegen links aufweichte, wenn dort mit stichhaltigen Argumenten und entlarvenden Zitate die von der neuen Rechten ausgehende Gefahr kenntlich gemacht wird.

Dabei ist es gerade die Stärke linker Gesellschaftskritik, den Din-

gen auf den Grund zu gehen, anstatt sich an wohlfeilen Erregungszuständen abzuarbeiten und das politische Geschäft Kräften zu überlassen, die im Falle der AfD eine akute Bedrohung links stehender Menschen und nichtweißer MigrantInnen darstellen. Daß Kemper Höckes rund 300 Seiten starkes Interview einer gründlichen Lektüre unterzogen hat und damit auf kurzem Weg Argumente gegen die AfD verfügbar macht, ist notwendiger Bestandteil eines politischen Kampfes, in dem es nicht um ideologische Spiegelfechtereien geht, sondern eine möglicherweise folgenschwere Auseinandersetzung um die Zukunft der Republik geführt wird. Die neue Rechte wird nach wie vor unterschätzt, das gilt auch für AntifaschistInnen, die die innere Konsistenz ihrer Ideologie nicht ernst genug nehmen und die Aggressivität ihrer Positionen nicht gründlich genug kritisieren, um ihren Vormarsch auf allen Ebenen aufhalten zu können.

Große Teile der AfD des Rechts extremismus zu überführen fällt heute nicht schwer. Die Gefährlichkeit der Partei liegt jedoch gerade darin, daß sie an eine bürgerliche Abwehrhaltung andockt, die in den Ressentiments und Identitätsansprüchen der gesellschaftlichen Mitte desto virulenter ist, als die herrschenden Gewaltverhältnisse ersatzweise an den schwächsten und verletzlichsten Menschen abgearbeitet werden. Das schnelle Ausholen gegen links und die häufig zu vernehmende Einstellung, laut der rechts und links miteinander austauschbare Positionen an den extremen Rändern des politischen Spektrums seien, sind Ergebnisse vie-

ler Jahre herrschaftskonformer Ideologieproduktion und extremismustheoretischer Staatsschutzarbeit. Daß es bei dieser Gleichsetzung darum geht, die emanzipatorische bis revolutionäre Linke zu desavouieren, weil diese den neoliberalen Kapitalismus weit wirksamer kritisiert, als es eine neue Rechte, deren Staatskonformität im politischen Bekenntnis zu Nationalchauvinismus und Volksgemeinschaft verankert ist, bei dem Versuch, die sozialen Widersprüche der Klassengesellschaft in den Dienst eines nationalen Sozialismus zu stellen, jemals täte, wird allzu häufig verkannt.

Da die Verfassungsschutzämter maßgeblich an dieser Entwicklung beteiligt sind, indem sie die radikale Linke kontinuierlich über das tatsächliche Ausmaß ihres gesellschaftlichen Einflusses hinaus zur Gefahr für Staat und Demokratie erklären, während ihnen der Aufbau rechter Strukturen und die Vertuschung der NSU-Ermittlungen auch von bürgerlichen JournalistInnen zur Last gelegt wird, erscheint es auf den ersten Blick erstaunlich, daß der Chef eines Landesamtes zur Zielscheibe der AfD wird. Als ehemaliger Generalsekretär des Zentralrates der Juden in Deutschland, SPD-Mitglied und Leiter eines Verfassungsschutzamtes, das einer Landesregierung aus Linkspartei und SPD untersteht, ist Kramer jedoch aller Sympathien für die neue Rechte unverdächtig. So hat er sich mit seiner Kritik an den Thesen Thilo Sarrazins so weit aus dem Fenster gelehnt, daß es harsche Kritik auch von Mitgliedern der jüdischen Gemeinde wie Michael Wolffsohn hagelte.

In der ARD-Dokumentation "Rechtsrockland" [6] kritisiert Kramer denn auch die häufige Duldung rechtsradikaler Konzertveranstaltungen, die als organisatorische Schnittstellen der in Thüringen und Sachsen besonders starken extremen Rechten fungieren, durch staatliche Behörden. Deren in der Sendung an mehreren Beispielen belegte Nachsicht im Umgang mit der hochgradig durchorganisierten und im Wortsinn schlagkräftigen Neonaziszene steht nicht nur im krassen Widerspruch zur anhaltenden Kriminalisierung der G20-KritikerInnen. Sie läßt auch ahnen, daß die neue Rechte in den deutschen Staatsapparaten gut verankert ist. Ein Hans-Georg Maaßen, unter dessen Führung der Bundesverfassungsschutz die Aufklärung der NSU-Mordserie eher verhinderte denn unterstützte, der gegen die Online-Publikation netzpolitik.org Strafanzeige wegen Landesverrats stellte, weil diese im Rahmen aufklärerischer journalistischer Arbeit aus vertraulichen Berichten des Verfassungsschutzes zur Überwachung des Internets zitierte, und der das Verbot der linken Informationsplattform Indymedia linksunten "umfangreich unterstützt" [7] hat, erscheint als Regelfall bei der personellen Besetzung des Inlandgeheimdienstes, während Kramer als Ausnahme hervorsteicht.

Zwar war der Versuch der AfD, mit der Bezeichnung Kramers, aus einer unlauteren Quelle zitiert zu haben, zugleich gegen ihn wie die linke Presse auszuholen, nur wenig erfolgreich. Die Partei segelt jedoch im Auftrieb des großen Stroms nationaler Restauration und rechtskonservativen Wertewandels fast wie von selbst in Schlüsselstellungen gesellschaftli-

cher Hegemonie. Es gibt keinen Grund zur Entwarnung, weil die Unterdrückung linksoppositioneller Medien noch nicht türkische Ausmaße angenommen hat, ganz im Gegenteil. Das Stadium, wo der warnende Ruf "Wehret den Anfängen" noch dem Stand gesellschaftlicher Rechtsdrift entsprochen hätte, ist spätestens seit 2006, als im Zuge der Fußball-WM der Männer auf breiter Ebene ein angeblich positiver Patriotismus propagiert wurde, vorüber.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://afd-thueringen.de/2018/09/henke-anschlag-auf-die-verfassung-durch-verfassungsschutzpraesident-kramer/>

[2] <https://www.graswurzel.net/gwr/2018/09/bjoern-hoeckes-faschistischer-fluss/>

[3] <http://www.schattenblick.de/infopool/buch/sachbuch/busar697.html>

[4] <https://afd-thueringen.de/2018/09/henke-anschlag-auf-die-verfassung-durch-verfassungsschutzpraesident-kramer/>

[5] <https://www.bild.de/politik/inland/politik-inland/verfassungsschutz-chef-wehrt-sich-gegen-afd-vorwurfe-57413280.bild.html>

[6] <https://www.daserste.de/information/reportage-dokumentation/dokus/sendung/rechtsrockland-100.html>

[7] <https://www.verfassungsschutz.de/de/aktuelles/schlaglicht/schlaglicht-2017-08-vereinsverbot-linksunten-indymedia>

*<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/prop1501.html>*



## Chemnitz - besonders rechtslastig ...

***Dass die neue Zelle in Chemnitz entstanden ist, zeigt auch, welche Ausmaße die rassistische Radikalisierung vor Ort angenommen hat und dass die Gefahr neonazistischer Gewalt hochpräsent ist.***

*Kerstin Köditz (Abgeordnete der Linkspartei im Sächsischen Landtag) [1]*

(SB) 2. Oktober 2018 - Der Tag der deutschen Einheit steht im Zeichen eines Aufstiegs der Rechten, die auf dem Nährboden hegemonialer Ambitionen und repressiver Krisenbewältigungsstrategien der Bundesrepublik herangewachsen ist und nun die Ernte einfahren will. Der mit ökonomischen und militärischen Mitteln geführte Krieg um Ressourcen und Absatzmärkte, strategische Ausgangspositionen und Vorposten der Intervention, trägt maßgeblich dazu bei, Millionen von Menschen zu Flüchtlingen zu machen, deren Abwehr ganz oben auf der Agenda der Außenpolitik steht. Der Primat ungezügelter Wachstums und brachialer Exportstärke ist mit einer Verelendung durch Niedriglohnsektor und Hartz IV erkaufte und macht das Erreichen jeglicher Klimaziele obsolet. Ein nationalistischer und sozialrassistischer Tenor aus der Mitte der Gesellschaft forciert eine Feindbildproduktion, die gesellschaftliche Widersprüche verschleiert, Fremde und Minderheiten als Zielscheiben kulturalistischer Aggression auf Korn nimmt. Repressive Staatsräson nimmt die Linke in den Würgegriff, während sie die Rechte instrumentalisiert und protegert. Die daraus resultierende Drift in reaktionäre Abgründe setzt populistische Reflexe frei, sich an die

Spitze des Trends zu setzen, wodurch sie ihn um so heftiger befeuern. Am Ende des Weges wartet die so herangezüchtete Rechte, um das deutsche Volk in die Arme zu schließen und ihm seinen Stolz zurückzugeben, wenn es schon sonst nichts mehr zu verteilen gibt.

Sachsen, neben Thüringen die rechte Hochburg unter den Bundesländern, und namentlich Chemnitz, steuern zum 3. Oktober einen Kontrapunkt extremistischer Auswüchse bei, wozu die Bundesanwaltschaft den Taktstock schwingt. Diese hat in Sachsen und Bayern sechs Männer wegen des Verdachts der Bildung einer rechtsterroristischen Vereinigung festnehmen lassen. Die Gruppe "Revolution Chemnitz" soll Angriffe auf Ausländer, Journalisten und Politiker geplant haben und wollte sich demnach Schusswaffen besorgen, um am Tag der deutschen Einheit einen Anschlag zu verüben. Ziel der Gruppe sei ein Umsturz in der Bundesrepublik gewesen, in abgehörten Gesprächen war offenbar davon die Rede, daß die Mitglieder des NSU wie blutige Anfänger vorgegangen seien. Die Festgenommenen sollen sich als Elite der rechten Szene in Sachsen verstanden haben.

Die Beschuldigten gehören dem-

nach zur Szene der Hooligans, Skinheads und Neonazis im Raum Chemnitz. Bei den sieben Festgenommenen und einem achten, der bereits einige Zeit in U-Haft sitzt, handelt es sich um Sachsen, meist berufstätig und sozial unauffällig. Einer war gerade auf dem Weg zur Arbeit auf Montage nach Bayern, als er festgenommen wurde. Nach Angaben der Ermittler haben die Verdächtigen in abgehörten Telefonaten und Chats darüber gesprochen, daß man "die Mediendiktatur und deren Sklaven" angreifen und die ganze Gesellschaft umwälzen wolle. Bei den Festnahmen und Hausdurchsuchungen wurden keine Schusswaffen, jedoch Schlagstöcke und sonstige Ausrüstung gefunden.

Einzelne Mitglieder der Gruppe sind offenbar seit längerem aktiv und betreiben bei Facebook seit Mitte Oktober 2013 die Seite "Revolution-Chemnitz ANW", auf der immer wieder Inhalte der Gruppe "Ein Prozent" geteilt wurden, die der rechtsextremen Identitären Bewegung nahestehen. Unter den Beiträgen finden sich auch Veranstaltungshinweise wie etwa zum Neonazi-Konzert im thüringischen Themar. Dort fand im Sommer 2017 das bisher größte derartige Konzert in Deutschland statt. In Chemnitz selbst gibt es bereits seit Jahrzehnten enge Ver-

bindungen zwischen Rechtsextremen und Hooligans. Mitglieder der Hooligangruppe "NS-Boys" haben sich nach einem Stadionverbot des lokalen Fußballvereins neu organisiert, etwa bei "Kaotic Chemnitz". Inzwischen demonstriert das rechte Bündnis "Pro Chemnitz" regelmäßig in der Stadt, dessen Gründer Kontakte zu verbotenen Neonazi-Gruppen gehabt haben und unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehen soll. Wie Fotos auf der Facebook-Seite nahelegen, waren die Mitglieder von "Revolution Chemnitz" bei den jüngsten Kundgebungen von "Pro Chemnitz" wie auch bei den rechtsextremen Demonstrationen in Köthen in Sachsen-Anhalt anwesend. [2]

"Revolution Chemnitz" trat erstmals öffentlich in Erscheinung, als nach dem Aufmarsch von "Pro Chemnitz" am 14. September eine selbsternannte Bürgerwehr auf der Schloßteichinsel mit Glasflaschen, Quarzhandschuhen und einem Elektroschocker Ausländer angriff und verletzte. Der 31jährige mutmaßliche Anführer Christian K. wurde daraufhin wegen besonders schweren Landfriedensbruchs festgenommen und sitzt seitdem in Untersuchungshaft. Nach Einschätzung der Ermittler war dieser Vorfall der Probelauf für eine größere Aktion.

Die Radikalisierung, Bewaffnung und Gewaltbereitschaft rechtsextremer Gruppierungen wurde seitens der Sicherheitsbehörden lange unter dem Radar der öffentlichen Wahrnehmung gehalten oder in seiner Bedeutung heruntergespielt. Wegen der Planung eines Bombenattentats auf die Einweihungsfeier des Jüdischen Zentrums in München verurteilte das

Bayerische Oberste Landesgericht 2005 den Neonazi Martin Wiese zu sieben Jahren Haft. Wiese und drei mit ihm verurteilte Täter waren Mitglieder der rechtsextremen Vereinigung "Kameradschaft Süd". Der 2011 offiziell enttarnte "Nationalsozialistische Untergrund" (NSU) war mit zehn Mordopfern, 15 Raubüberfällen und mindestens drei Bombenanschlägen die bislang gewalttätigste rechtsradikale Terrorgruppe in der Geschichte der Bundesrepublik. Im Mai 2015 wurden die führenden Köpfe der "Oldschool Society" (OSS) festgenommen, die Anschläge auf Asylbewerberunterkünfte, Moscheen und Angehörige der salafistischen Szene in Deutschland geplant hatten. Im März 2017 wurden drei Männer und eine Frau vor dem Oberlandesgericht München dafür zu Haftstrafen von drei bis fünf Jahren verurteilt.

Im März 2016 verhängte Bundesinnenminister Thomas de Maizière ein Verbot gegen die "Weisse Wölfe Terrorcrew", nachdem bei Mitgliedern Waffen und explosives Material gefunden worden waren. Die Gruppe bekenne sich "offen zu den Werten des Nationalsozialismus" und wolle "eine Diktatur nach diesem Vorbild errichten". Im März 2018 wurden acht Mitglieder der rechtsextremen "Gruppe Freital" zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Das Oberlandesgericht Dresden sprach sie unter anderem wegen der Bildung einer terroristischen Vereinigung schuldig und verhängte Freiheitsstrafen zwischen vier und zehn Jahren. Das Gericht sah es als erwiesen an, daß die Gruppe in wechselnder Besetzung und Tatbeteiligung 2015 insgesamt fünf Sprengstoffanschläge

auf Flüchtlingsunterkünfte und politische Gegner in Freital und Dresden verübt hat. [3]

Als Beate Zschäpe nach mehr als fünf Jahren Prozeß im Juli 2018 wegen der NSU-Mordserie und der Mitgliedschaft in einer terroristischen Vereinigung zu lebenslanger Haft verurteilt wurde, verließ der angeklagte Neonazi André Eminger den Gerichtssaal als freier Mann. Zwei Wochen später kam auch der frühere NPD-Funktionär Ralf Wohlleben auf freien Fuß. Beide haben nie mit ihren Kameraden gebrochen und gelten als Märtyrer der rechten Szene, die sich durch den NSU-Prozeß keineswegs eingeschüchert fühlt, sondern im Aufwind befindet. Der offene Schulter schluß von Chemnitz, als AfD-Politiker Seite an Seite mit Neonazis marschierten, dürfte rechte Militante darin bestärkt haben, daß die Zeit gekommen ist, endlich aufs Ganze zu gehen.

André Eminger ist der Neonazi-Szene weiterhin verbunden und gilt offenbar als eine Art Heldenfigur, weil er als NSU-Unterstützer zur Tat geschritten ist und keine Reue gezeigt hat. Anfang August besuchte er in Kirchheim bei Erfurt das konspirative Abschiedskonzert zweier Musiker der Neonazi-Rocker "Turonen", die demnächst wegen des Angriffs auf die Ballstädter Kirmesgesellschaft 2014 mehrjährige Haftstrafen antreten. Die Gruppierung wird vom Verfassungsschutz beobachtet und hat immer wieder Großkonzerte in der Schweiz und in Thüringen organisiert. Die Zahl der Neonazi-Konzerte ist in den letzten fünf Jahren von rund 150 auf 260 gestiegen, wobei Thüringen und Sachsen einen Schwer-



punkt bilden. Die Konzerte dienen nicht nur dem Geldwerb, sondern spielen auch eine wichtige Rolle bei der Vernetzung militanter Gruppierungen wie "Blood & Honour" und "Combat 18". Erst kürzlich war bekannt geworden, daß sich "Combat 18", der bewaffnete Arm des in Deutschland verbotenen Neonazi-Netzwerks "Blood & Honour", weltweit reorganisiert und bewaffnet haben soll. [4]

Seitdem die extreme Rechte den gewaltsamen Tod von Daniel H. in der Nacht auf den 26. August in Chemnitz instrumentalisiert hat, haben unabhängige Opferberatungsstellen bundesweit 93 Vorfälle rassistischer, rechter und antisemitischer motivierter Gewalt und Bedrohung registriert. Diese Zahl umfaßt zwangsläufig nur Fälle, die auf die eine oder andere Weise öffentlich gemacht worden sind. Hinzu kommen mindestens 34 Vorfälle allein in Chemnitz, die von der Opferberatung der RAA Sachsen registriert worden sind. Wie es dazu hieß, steige das ohnehin schon viel zu hohe Niveau solcher Angriffe in einem besorgniserregenden Maß weiter an. Die Allgegenwart rassistischer Hetze führe dazu, daß es für Geflüchtete, Familien mit Migrationshintergrund und schwarze Deutsche keine sicheren Orte mehr gibt. Sie müßten überall damit rechnen, von organisierten Neonazis, Rassisten oder rassistischen Gelegenheitsstätern attackiert zu werden. [5]

Die Radikalisierung der Rechten schreitet dramatisch voran, ihre Hemmschwelle, mit massiver Gewalt vorzugehen, ist erschreckend gesunken. Hooligans, Skinheads und Neonazis schließen sich zu

Gruppen zusammen, um mit schweren Gewalttaten Angst und Haß zu verbreiten. Gewachsene Strukturen kreuzen sich mit frischen Zellen, alte Kämpfer treffen sich wieder und bilden neue Allianzen, militante Netzwerke reorganisieren sich, auf die Präsenz des NSU in Sachsen und die "Gruppe Freital" folgt nun die "Revolution Chemnitz". Wie der rechte Aufmarsch in Dortmund oder die Präsenz von "Combat 18" in Schleswig-Holstein, Hessen und Nordrhein-Westfalen belegen, kann indessen von regionalen Ausnahmefällen in ostdeutschen Bundesländern keine Rede sein. Jahrelang als Fiktion ewig gestriger und irrelevanter Splittergruppen mißdeutet und verharmlost, ist "die Bewegung" längst in den Parlamenten und auf der Straße eine höchst reale Gefahr.

#### **Anmerkungen:**

[1] [www.welt.de/politik/deutschland/article181729564/Terrorgruppe-Revolution-Chemnitz-soll-rechtsradikalen-Umsturz-geplant-haben.html](http://www.welt.de/politik/deutschland/article181729564/Terrorgruppe-Revolution-Chemnitz-soll-rechtsradikalen-Umsturz-geplant-haben.html)

[2] [www.sueddeutsche.de/politik/mutmassliche-terrorgruppe-revolution-von-rechts-1.4152545](http://www.sueddeutsche.de/politik/mutmassliche-terrorgruppe-revolution-von-rechts-1.4152545)

[3] [www.tagesschau.de/inland/rechter-terror-103.html](http://www.tagesschau.de/inland/rechter-terror-103.html)

[4] [www.mdr.de/thueringen/nsu-unterstuetzer-neonazi-konzert-100.html](http://www.mdr.de/thueringen/nsu-unterstuetzer-neonazi-konzert-100.html)

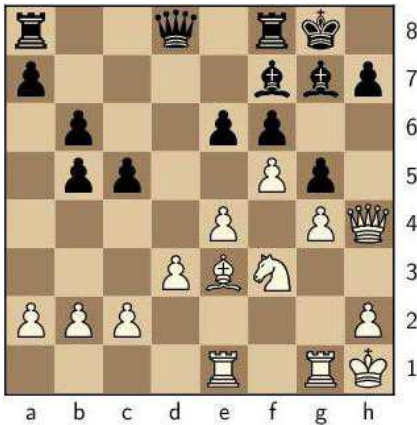
[5] [www.verband-brg.de/index.php/161-pe-vom-25-09-2018-opferberatungsstellen-registrieren-unertraegliches-ausmass-rechter-gewaltseit-chemnitz](http://www.verband-brg.de/index.php/161-pe-vom-25-09-2018-opferberatungsstellen-registrieren-unertraegliches-ausmass-rechter-gewaltseit-chemnitz)

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/repr1618.html>

## SCHACH - SPHINX

### Strategien sind sinnvoll

(SB) - Die Schachstrategie ist oftmals nichts anderes als das Sammeln wiederkehrender Motive, die dann zu einem System verdichtet werden. Die Statistik geht diesen Weg ebenso wie die Empirik. Unterschiedlich sind sie durch den Dienst, in dem sie stehen. Im Schach indes wird damit ein anderes Ziel verfolgt. Hier soll der Lernende anhand bestimmter Muster befähigt werden, Kombinationen aufzuspüren. Ein Schachmeister verfährt natürlich andersherum: Er stellt die Bedingungen her, nach denen er kombiniert. Dennoch ist die Schachstrategie eine wertvolle Vorbereitung für den Laien. Bevor er sich in kreativ-schöpferischer Weise zu verwirklichen versucht, muß er die Stellungsgesetze beherrschen. Raum, Linie, starke und schwache Punkte, zentrale Figuren und solche, die außerhalb eines Plans stehen - all dies und noch viele kleine Details mehr müssen zu einem ganzheitlichen Erfassen und Denken zusammenwachsen, ehe ein Schachspieler die wichtigste Hürde nimmt und nicht nur Züge macht, sondern eine Partie gestaltet. Bis dahin sollte jede Hilfe willkommen sein, auch wenn Strategien immer nur einen begrenzten Einblick in die Wirkungszusammenhänge einer Partie erlauben. Im heutigen Rätsel der Sphinx beispielsweise hatte Schwarz seine Königsstellung empfindlich geschwächt. Zuletzt hatte er 1...g6-g5 gespielt. Die Schachstrategie lehrt nun, wie Felderschwächen in der Rochadestellung taktisch zu verwerten sind, Wanderer.



Sikora - Spassov  
Skara 1980

*Auflösung des letzten  
Sphinx-Rätsels  
SCHACH-SPHINX/06702:  
"Fluchtpunkt Nihilismus":*

Oft suchte und fand Alexander Aljechin den genialen Überbau für seine Partien. Gegen Bogoljubow verwirklichte er diesen Traum: 1...b5-b4 2.Ta5xa8 b4xc3!! 3.Ta8xe8 c3-c2 4.Te8xf8+ Kh8-h7 5.Sd1-f2 c2-c1D+ 6.Sd2-f1 Sd3-e1! - mit der Mattdrohung 7.Se1-f3# - 7.Tg2-

h2 Dc1xc4 8.Tf8-b8 Ld7-b5 9.Tb8xb5 Dc4xb5 10.g3-g4 Se1-f3+ 11.Lh1xf3 e4xf3 12.g4xf5 Db5-e2! 13.d4-d5 - 13.Th2-h3 Sf6-g4! oder 13.Sf2-h3 Sf6-g4!! 14.Th2xe2 f3xe2 - 13...Kh7-g8 14.h4-h5 Kg8-h7 - Zugzwangmanöver - 15.e3-e4 Sf6xe4 16.Sf2xe4 De2xe4 und Weiß hatte genug gelitten.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06703.html>

## POLITIK / AUSLAND / LATEINAMERIKA

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

### Mexiko

#### Ayotzinapa: AMLO verspricht Angehörigen Wahrheitskommission

*von Gerd Goertz*

(Mexiko-Stadt, 30. September 2018, npl) - Verhaltene bis offen geäußerte Hoffnung. So lässt sich die Reaktion der Familienangehörigen der 43 vor vier Jahren verschwundenen Studenten von Ayotzinapa nach dem Treffen mit dem gewählten Präsidenten Andrés Manuel López Obrador (AMLO) beschreiben. Epifanio Álvarez, Vater eines der Verschwundenen, bedankte sich sogar "für den ersten Tag in vier Jahren, an dem wir Eltern diese Hoffnung fühlen". AMLO sicherte den Angehörigen zu, als eine seiner ersten Amtshandlungen die Wahrheitskommission zu dem Fall einzuberufen, wie es ein Bundesgericht im Juni 2018 angeordnet hatte. Per Dekret will er noch an seinem Amtsantritt

am 1. Dezember sicherstellen, dass keine staatlichen Instanzen die zukünftigen Ermittlungen behindern. Gegenüber den internationalen Menschenrechtsinstanzen, von denen die Interamerikanische Menschenrechtskommission und das Menschenrechtshochkommissariat der UNO bei dem Treffen anwesend waren, kündigte López Obrador eine absolute Öffnung im Zuge ihrer Mithilfe an. Es dürfe keine Angst vor der Wahrheit geben.

Als von AMLO designierte Regierungsmitglieder nahmen Innenministerin Olga Sánchez Cordero und ihr zukünftiger Staatssekretär für Menschenrechte, Alejandro Encinas, teil. Encinas ist als Vorsitzender der

Wahrheitskommission vorgesehen. Viele halten ihn für die entscheidende Figur bei einer möglichen Aufklärung des Verbrechens an den 43 Studenten der ländlichen Lehreruniversität Raúl Isidro Burgos. Encinas erklärte, es werde keine Hexenjagd geben, aber auch das Militär müsse sich Untersuchungen stellen. Die noch amtierende Regierung und das Militär selbst haben bisher verhindert, dass Mitglieder des 27. Infanteriebataillons, dessen Kaserne in der Stadt Iguala sich ganz in der Nähe des Tatortes befindet, an dem in der Nacht vom 26. auf den 27. September 2017 die Studenten verschleppt wurden, von unabhängigen Ermittler\*innen befragt werden. Die Aussagen der



*Seit vier Jahren kämpfen die Angehörigen der verschleppten Studenten aus Ayotzinapa um Wahrheit und Gerechtigkeit  
Foto: Desinformémonos*

Militärs sind möglicherweise die Crux, bei neuen Ermittlungen entscheidend voran zu kommen.

Die noch bis Ende November unter Präsident Enrique Peña Nieto offiziell amtierende Regierung hat über die Bundesgeneralstaatsanwaltschaft (PGR) erklärt, eine "Wahrheitskommission" sei juristisch nicht möglich. Das dreiköpfige Richterergremium im Bundesstaat Tamaulipas war im Juni einstimmig zu dem Schluss gekommen, die Ermittlungen seien weder "schnell, effektiv, unabhängig noch unbefangen" sondern auf eine irreguläre Weise durchgeführt worden. Die PGR legte

mehr als 100 Einsprüche gegen die Entscheidung dieses Bundesgerichtes ein, ein beispielloser Vorgang. Bisher war das im Ergebnis vor allem aber eine Verzögerungstaktik, ein Urteil des mexikanischen Verfassungsgerichtes steht noch aus. Peña Nieto besteht zudem auf der sogenannten "historischen Wahrheit" der PGR. Danach wurden die Studenten direkt nach ihrer Verschleppung umgebracht und auf einem nahen Müllplatz der Gemeinde Cocula vollständig verbrannt. Nach Ansicht vieler Expert\*innen ist dies unmöglich. Mit dem 1. Dezember könnte der Fall tatsächlich eine Wende nehmen. Sonst hat López Obrador sofort viel Kredit verspielt.

*URL des Artikels:*  
<https://www.npla.de/poonal/ayot->

[zipinapa-amlo-verspricht-angehoerigen-wahrheitskommission/](https://www.npla.de/zipinapa-amlo-verspricht-angehoerigen-wahrheitskommission/)

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.  
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.  
Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin  
Telefon: 030/789 913 61  
E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)  
Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/ausland/pala1815.html>



RECHT / FAKTEN / INTERNATIONAL

*poolal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**Mexiko**

**Neun Jahre Haft für Ex-Gouverneur von Veracruz**

(Mexiko-Stadt, 27. September 2018, *desinformémonos*) - Der Ex-Gouverneur der mexikanischen Provinz Veracruz, Javier Duarte, ist zu neun Jahren Haft verurteilt worden. Darüber hinaus muss er eine Strafe von knapp 59.000 Pesos (2.720 Euro) zahlen. Duarte hatte sich zuvor der Geldwäsche und der Bildung einer kriminellen Vereinigung für schuldig erklärt. Im Gegenzug wurde sein Strafmaß reduziert.

Allerdings muss Duarte nur noch siebeneinhalb Jahre in Haft verbringen, da er bereits seit dem 15. April 2017 im Gefängnis sitzt. Das teilte der zuständige Richter in Mexiko-Stadt, Marco Antonio Fuerte Tapia, mit. Der Richter ließ auch 40 Immobilien Duartes beschlagnehmen.

Duarte erklärte sich nur für zwei der ihm vorgeworfenen Straftaten für schuldig, die während seiner Amtszeit als Gouverneur von Veracruz (2010-2016) begangen wurden. Da die Straftaten keinen

materiellen Schaden angerichtet hätten, verzichtete der Richter darauf, Duarte zu einer Wiedergutmachung zu verurteilen. Seine Haftstrafe kann jedoch nicht durch andere Sanktionen ersetzt werden.

Nach Angaben der Nationalen Meldestelle für verschwundene Personen sind während der sechsjährigen Amtszeit Duartes 665 Menschen gewaltsam verschwunden. Die tatsächliche Zahl ist vermutlich jedoch höher, da "die Staatsanwaltschaft von Veracruz spätestens seit Mitte 2014 aufgehört hat, die Fälle von Verschwundenen angemessen zu registrieren", wie die Organisation zur Suche Verschwundener "Movimiento por Nuestros Desaparecidos en México" im August mitteilte.

Während der Amtszeit Duartes wurden in Veracruz 18 Journalist\*innen ermordet, weitere drei sind spurlos verschwunden. Diese Fälle wurden vor Gericht jedoch nicht verhandelt.

*URL des Artikels:*

<https://www.npla.de/poolal/neun-jahre-haft-fuer-ex-gouverneur-von-veracruz/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poolal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen  
Herausgeber: Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188  
10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poolal@npla.de](mailto:poolal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/recht/fakten/rfi00242.html>

*Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ... Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ... Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...*

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

REPRESSION / FAKTEN / INTERNATIONAL

*poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen*

**MEXIKO**

43

*von Carlos Beristain*

*(Mexiko-Stadt, 27. September 2018, la jornada)* - Der Himmel weint an diesem Nachmittag, an dem die Menschen durch Mexikos Straßen ziehen: mit Überzeugung, Liebe und Empörung. Diese drei Dinge machen den Demonstrationzug, der sich durch die ihn aufnehmenden Straßen hinzieht, anders.

Der 26. September, vier Jahre später. Eine Stadt, die freundlicher ist mit den Menschen auf der Straße, die bis auf die Knochen nass werden, aber die Stimmen nicht verstummen lässt. "Ayotzi vive", rufen die Normalistas. Und natürlich ist dieser Demonstrationzug ein Beweis dafür.

Es wehen neue Winde in diesem Mexiko, dessen System einstürzte. Und doch wissen die Menschen, dass es eine mühselige Aufgabe ist. Das System verfügt immer über eine Bürokratie, die bereit ist, sich zu reproduzieren. Wir haben eine neue Zeit in den Händen.

Gestern (am 26. September, Anm. d. R.) bei dem Treffen mit den Familienangehörigen der 43 fiel das Sprechen schwer. Es wäre falsch zu sagen, dass die Emotion zu groß war, denn sie nahm das Ausmaß an, das nötig war, nachdem wir uns zwei Jahre nicht gesehen hatten. Diese Zeit, die Hanna Arendt als die Zwischenzeit be-

zeichnet, die von Dingen bestimmt ist, die nicht mehr sind, aber auch von denen, die noch nicht sind.

Der Himmel hört nicht auf zu weinen in dieser sich hinziehenden Nacht. Vielleicht erinnert er sich, dass diese Zeit zuviel ist für soviel Liebe und soviel Bedürfnis zu wissen.

\* Carlos Beristain ist ehemaliges Mitglied der Unabhängigen Interdisziplinären Expert\*innengruppe (GIEI) zum Fall Ayotzinapa, Arzt und Experte in Konfliktmediation.

*URL des Artikels:*  
<https://www.npla.de/poonal/43/>

Der Text ist lizenziert unter Creative Commons Namensnennung-Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 international.

<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>

\*

**Quelle:**

poonal - Pressedienst lateinamerikanischer Nachrichtenagenturen

Herausgeber:

Nachrichtenpool Lateinamerika e.V.

Köpenicker Straße 187/188

10997 Berlin

Telefon: 030/789 913 61

E-Mail: [poonal@npla.de](mailto:poonal@npla.de)

Internet: <http://www.npla.de>

<http://www.schattenblick.de/infopool/repress/fakten/rf0i0344.html>

UMWELT / INTERNATIONALES / LATEINAMERIKA

*Internationale Presseagentur Pressenza - Büro München*

**Abkommen von Escazú:  
die ersten 12 Unterschriften des lateinamerikanisch-  
karibischen Vertrages zur Verteidigung der Umwelt**

*von Riccardo Noury, 1. Oktober 2018*

Am 27. September haben anlässlich der Vollversammlung der Vereinten Nationen die Länder Argentinien, Antigua und Barbuda, Brasilien, Costa Rica,

Ecuador, Guatemala, Guyana, Mexiko, Panama, Peru, Santa Lucia und Uruguay das Abkommen von Escazú unterschrieben.

Das Abkommen wurde am 4. März diesen Jahres in Escazú, einer zur Metropolregion und Hauptstadt von Costa Rica San José gehörenden Provinz, von Vertretern von 24 lateinamerikanischen und karibischen Ländern beschlossen. Es stellt den ersten verbindlichen Schritt zum Schutz des Rechtes auf Information, auf Partizipation und Zugang zu Gerechtigkeit im Bezug auf Umweltfragen dar. Zudem enthält es präzise Bestimmungen zum Schutz von Leib und Leben von Umwelt- und Menschenrechtsaktivisten.

Damit das Abkommen von Escazú in Kraft tritt, muss es bis zum 27. September 2020 von mindestens 11 Ländern ratifiziert werden. Ein Ziel, das durchaus erreichbar ist, sogar noch vor Ablauf dieser Frist.

Die Ratifizierung und Umsetzung würde bedeuten, dass genau die Menschen, die sich für Umweltschutz und damit verbundene Menschenrechte in den gefährlichsten Regionen der Welt einsetzen, nun auch selber geschützt werden und dass alle Stimmen bei Entscheidungen im Bezug auf Umwelt- und Klimafragen gehört werden.

Alleine vergangenes Jahr gab es 207 registrierte Morde an meist indigenen Aktivisten, die ihre Gemeinden, Flüsse, Wälder und Ressourcen vor Raubbau durch Megaprojekte und Großindustrie schützen wollten (Quelle: Global Witness) [1]. Um die 60 Prozent davon entfielen auf diese Region, in der sich die sogenannte Lunge der Erde befindet - der Amazonas Regenwald.

Das Abkommen von Escazú wird auch als "Principle 10 Agreement" bezeichnet, da es sich auf Grundsatz 10 der Rio-Erklärung [2] über Umwelt und Entwicklung von 1992 bezieht. Es wurde über sechs Jahre lang mühsam verhandelt und stellt einen Meilenstein im Kampf für eine gesunde intakte Umwelt für zukünftige Generationen dar.

Angesichts der Tatsache, dass sich 80% der verbleibenden Biodiversität unseres Planeten [3] auf indigenen Gebieten befinden, könnte dieses Abkommen für uns alle wichtiger nicht sein.

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://www.globalwitness.org/en/campaigns/environmental-activists/at-what-cost/>

[2] <http://www.un.org/depts/german/conf/agenda21/rio.pdf>

[3] <http://www.firstpeoples.org/who-are-indigenous-peoples.htm>

#### **Weitere Informationen / Quellen:**

Artikel von Nachrichten Welt: Treffen zwischen den Ländern für das Escazú-Abkommen - Umwelt - Leben

<https://www.nachwelt.com/welt/treffen-zwischen-den-landern-fur-das-escazu-abkommen-umwelt-leben/>

Artikel von Amnesty International (Englisch): Americas: Historic environmental and human rights treaty gains momentum as 12 countries sign

<https://www.amnesty.org/en/latest/news/2018/09/americas-12-countries-sign-historic-environmental-treaty/>

Vertragstext des Escazú-Abkommens (Englisch):

[www.accessinitiative.org/sites/default/files/regional\\_agreement\\_on\\_access\\_to\\_information\\_-\\_costa\\_rica.pdf](http://www.accessinitiative.org/sites/default/files/regional_agreement_on_access_to_information_-_costa_rica.pdf)

Der Text steht unter der Lizenz Creative Commons 4.0 <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

\*

#### **Quelle:**

Internationale Presseagentur  
Pressenza - Büro Berlin  
Reto Thumiger  
E-Mail: [redaktion.berlin@pressenza.com](mailto:redaktion.berlin@pressenza.com)  
Internet: [www.pressenza.com/de](http://www.pressenza.com/de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/international0184.html>



**pressenza**  
INTERNATIONAL PRESS AGENCY



## Kohleabbau - Schäden umfassender und nachhaltiger ...



*Mountaintop Removal Mining am Kayford Mountain im US-Bundesstaat West-Virginia*

*Foto: Kate Wellington, CC BY 2.0  
[<https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/>]*

(SB) 2. Oktober 2018 - In den USA werden für den Kohleabbau ganze Bergkuppen weggesprengt. Mit dem Abraum werden anschließend die Täler gefüllt. Abgesehen davon, daß durch die Verbrennung der Kohle die globale Erwärmung befeuert wird, wird auch die örtliche Umwelt massiv verändert. Forscher haben festgestellt, daß die chemische Verwitterung auf den Bergbauflächen bis zu 45mal schneller abläuft als auf ungestörten Flächen. Das ist einer der Gründe, warum die Fließgewässer und das Grundwasser in den Bergbaugebieten versauern. Die Schadensfolgen enden nicht mit dem Abschluß der Kohleförderung, sondern betreffen auch zukünftige Generationen.

Eine Forschergruppe um Matthew Ross von der Staatsuniversität Colorado hat an den Standorten des sogenannten Mountain-

top Removal Mining in den zentralen Appalachen die Geschwindigkeit der chemischen Verwitterung untersucht. Diese läuft in einem so hohen Tempo ab, wie es in nur wenigen anderen Weltregionen zu beobachten ist, schreiben die Forscher im Journal *Global Biogeochemical Cycles* [1].

Die chemische Verwitterung kommt auf Touren, sobald das in der Kohle enthaltene Mineral Pyrit bzw. Eisendisulfid ( $\text{FeS}_2$ ), besser bekannt als Katzensgold, der Luft ausgesetzt wird. Dabei entsteht Schwefelsäure ( $\text{H}_2\text{SO}_4$ ), die sowohl mit dem Abwasser der Tagebaue als auch mit den Niederschlägen von den Bergkuppen talabwärts gespült wird und ihre tendenziell zersetzende Wirkung auf die Umwelt entfaltet. Zwar ergreifen die Betreiberfirmen der Kohleförderung Gegenmaßnahmen, damit sich so wenig Schwefelsäure wie möglich bildet, indem sie das pyrithaltige Gestein mit Karbonatgestein mischen oder es damit umgeben. Das hemmt die Säureproduktion. Aber ausgerechnet die Kombination aus Säurebildung und Neutralisierung erzeugt ideale Bedin-

gungen für die rasche chemische Verwitterung des Gesteins.

Das löst weitere Probleme aus. Der Haupttreiber innerhalb jenes Anteils an der globalen Erwärmung, der auf menschliche Aktivitäten zurückgeht, ist Kohlenstoffdioxid ( $\text{CO}_2$ ). Bei der chemischen Verwitterung entsteht daraus in Verbindung mit Wasser Kohlensäure ( $\text{H}_2\text{CO}_3$ ), das die chemische Verwitterung geringfügig fördert. Reagiert die Kohlensäure mit Silikatgestein, wird der Kohlenstoff dauerhaft im Gestein gebunden und somit der Atmosphäre entzogen. Das ist ein kleiner, aber wünschenswerter Effekt, da er Klimaschutzmaßnahmen unterstützt.

In den Bergbauregionen passiert jedoch etwas völlig anderes. Da bestimmt die Schwefelsäure die Geschwindigkeit der chemischen Verwitterung, wohingegen Kohlensäure an Bedeutung verliert. Umgekehrt sorgt die Schwefelsäure dafür, daß Karbonate zersetzt werden und  $\text{CO}_2$  freisetzen. Bergbauregionen gelten deshalb als Kohlenstoffquellen, und zwar auch dann noch, wenn die Firmen

längst mit ihren Bergbaumaschinen zur nächsten Bergkuppe weitergezogen sind, um diese abzutragen.

Nach Einschätzung der Forscher werden in Bergbaugebieten zwischen 20 und 90 Prozent des Kohlenstoffs, den die Pflanzen nach der Wiederansiedlung absorbieren, durch die Kohlenstoffemissionen bei der Verwitterung egalisiert. Mit anderen Worten, selbst eine renaturierte Bergbauregion, in der sich Pflanzen angesiedelt haben, bildet lange Zeit nach wie vor eine Kohlenstoffquelle.

Somit verstärkt die Kohleförderung die globale Erwärmung auf zweifache Weise: sowohl durch die Verbrennung der Kohle als auch durch die chemische Verwitterung.

Der deutsche Energiekonzern RWE hat nicht nur das größte Loch in Europa gegraben, den Braunkohletagebau Hambach, sondern hält laut einer Bestandsaufnahme "Deutscher Auslandsbergbau heute - Beispiel Nordamerika" der Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe (BGR) vom Januar 2018 [2] über eine US-Tochter der RWE Supply & Trading GmbH noch immer sechs Prozent Anteil an dem US-Unternehmen Blackhawk Mining LLC, das in Zeiten der Hochkonjunktur sehr intensiv Bergkuppen weggesprengt hat. Als RWE im Jahr 2012 mit einem 25prozentigen Geschäftsanteil in das Unternehmen einstieg, hatte das regelrecht explosive Wirkung auf diese höchst umstrittene Form des Kohleabbaus. Vor drei Jahren erst wurde der RWE-Anteil auf zehn und 2016 schließlich auf sechs Prozent gesenkt. Die Deut-

sche Bank hatte damals das Mountaintop Removal Mining mitfinanziert.

Über die Frage, warum sich RWE wieder aus dem Geschäft zurückzieht, kann man viel spekulieren. Vielleicht ist das Unternehmen plötzlich zu der Einsicht gelangt, daß es doch so keine gute Idee ist, die Erde langfristig unbewohnbar zu machen.



Allerdings wäre dann zu fragen, warum es auf Teufel komm raus gegen Widerstand und Proteste großer Teile der hiesigen Bevölkerung den Restwald des Hambacher Forsts roden will, nur um Braunkohle abzubauen. Plausibler wäre da schon die Vermutung, daß nach dem wirtschaftlichen Niedergang der Kohlewirtschaft in den letzten Jahren in den USA der Ausstieg für RWE ökonomisch geboten schien.

Seit den 1960er Jahren wurden in den Appalachen schon mehr als 500 Bergkuppen abtrassiert. Die US-Regierung unter Präsident Donald Trump hat sich in den letzten knapp zwei Jahren darin hervorgetan, systematisch und gründlich jedwede Umweltgesetze entweder deutlich abzuschwächen oder gleich ganz zu

streichen. Das gilt auch für die gesundheitsgefährdende Kohleförderung. So wurde eine umfassende Untersuchung der National Academies of Sciences, Engineering, and Medicine zu den Gesundheitsgefahren des Mountaintop Removal Minings kurzerhand eingestellt. Die Trumpregierung betrachtet solche Ermittlungen als Verschwendung von Steuergeldern.

*Mit dem Abraum des Mountaintop Removal Mining wird ein Tal in Martin County, Kentucky, aufgefüllt.*

*Foto: Flashdark (www.mountainroadshow.com), public domain*

#### **Anmerkungen:**

[1] <https://agupubs.onlinelibrary.wiley.com/doi/pdf/10.1029/2017GB005798>

[2] [tinyurl.com/yag9gmb7](http://tinyurl.com/yag9gmb7)

<http://www.schattenblick.de/infopool/umwelt/redakt/umkl-668.html>



MUSIK / VERANSTALTUNGEN / BLUES

*Kulturcafé Komm du - November 2018*

**Sven-Ole Lüthke & Big Bad JOL - Handgemachter Mississippi-Delta Blues**

*Bluesabend am Freitag, den 16. November 2018, 20.00 bis 22.00 Uhr im Kulturcafé Komm du*

*Platzreservierungen per Telefon: 040 / 57 22 89 52 oder E-Mail: [kommdu@gmx.de](mailto:kommdu@gmx.de)*

*Eintritt frei / Hutspende*



*Das Komm du lädt ein zu einem Konzert am Freitag, den 16.11.2018, 20.00 bis 22.00 Uhr:*

**Sven-Ole Lüthke & Big Bad JOL  
Handgemachter Blues im  
Gewand des 21. Jahrhunderts**

Als Duo touren Sven Ole Lüthke und Big Bad JOL seit einigen Jahren im Hamburger Raum und nehmen ihre Zuhörer mit in die Gefühlswelt des Blues. Locker und lässig, aber dennoch energiegeladen und immer mit gebührendem Respekt vor ihren musikalischen Vorbildern, spielen sie groovenden Mississippi Delta Blues, versetzt mit Country- und Urbaneinflüssen und bereichert um puristisch bearbeitete Rockklassiker. Ihr Stil kommt ohne großen technischen Aufwand aus und konzentriert sich

*Countryblues - rau, ungeschliffen und puristisch mit Sven-Ole Lüthke (links) und Big Bad JOL (rechts)  
Foto: © by Sven-Ole Lüthke*

auf die akustische Wahrnehmung von Stimme und Gesang.

*SOL-Blues - Homepage  
<http://www.solblues.de>*

**Sven-Ole Lüthke & Big Bad JOL  
- Countryblues**

Rau, ungeschliffen und puristisch kommt er daher, der Countryblues von Sven-Ole Lüthke und Big Bad JOL. Anders als andere Weggefährten des Genres suchen die beiden Hamburger nicht die Anpassung an aktuelle Sounds und Arrangement-

moden. Vielmehr lieben sie den ursprünglichen Blues, den sie nur allzu gerne mit den Ecken und Kanten bekannter Rock-, Rock'n'Roll und Rockabillyklassiker versehen.

Sven-Ole (Gesang und Gitarre) und JOL (Mundharmonika) unterhalten auf der Bühne auf eine unaufgeregte und charmante Art und Weise. Und dennoch: spätestens wenn JOL samt Bluesharp zu einem Gang durch das Publikum ansetzt, kennt dieses kein Halten mehr.

***Zum Reinhören & Anschauen:***

*Sven-Ole Lüthke & Big Bad JOL:  
Route 66  
[http://www.youtube.com/watch?v=R5K\\_Kfg-wqs](http://www.youtube.com/watch?v=R5K_Kfg-wqs)*



Sven-Ole Lüthke & Big Bad JOL:  
Little Red Rooster (unplugged)  
<http://www.youtube.com/watch?v=JmVbMQG9xPk>

Sven-Ole Lüthke & Johan O. Lange:  
Dust My Broom - Cotton Club Hamburg 25.12.2013  
<https://www.youtube.com/watch?v=nfh4fl4zVz8>

Sven-Ole Lüthke & big bad jol: Suzy Q  
<https://www.youtube.com/watch?v=JDL4qywxHOE>

\*

### Das Kulturcafé Komm du in Hamburg-Harburg: Kunst trifft Genuss

Hier vereinen sich die Frische  
der Küche mit dem Feuer der  
Künstler und einem Hauch von  
Nostalgie.

Das Komm du ist geöffnet:  
von Montag bis Freitag  
7:30 bis 17:00 Uhr,  
Samstag von 9:00 bis 17:00 Uhr  
und an Eventabenden open end.

Näheres unter:  
<http://www.komm-du.de>  
<http://www.facebook.com/KommDu>

Kontakt:  
Kulturcafé Komm du  
Buxtehuder Straße 13  
21073 Hamburg  
E-Mail: [kommdu@gmx.de](mailto:kommdu@gmx.de)  
Telefon: 040 / 57 22 89 52

Komm du-Eventmanagement:  
Telefon: 04837/90 26 98  
E-Mail:  
[redaktion@schattenblick.de](mailto:redaktion@schattenblick.de)

<http://www.schattenblick.de/infopool/musik/veranst/mvbl0071.html>

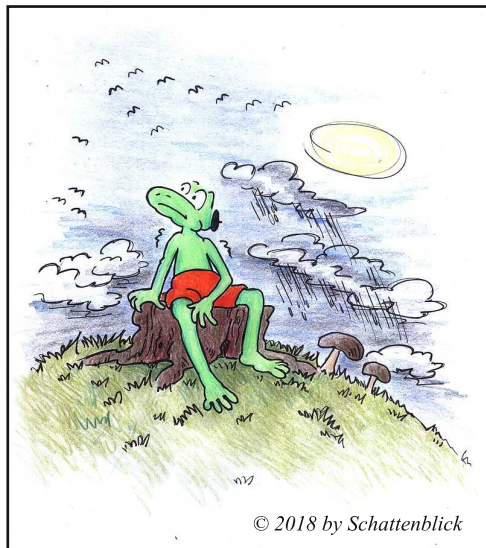
## Inhalt Ausgabe 2696 / Mittwoch, den 3. Oktober 2018

- 1 POLITIK - SOZIALES: Brasilien - Frauen gegen Bolsonaro (poonal)
- 3 POLITIK - REDAKTION: Washington - waffentechnisch dick aufgetragen ...
- 4 POLITIK - KOMMENTAR: Presse - mediale Fronten ...
- 7 POLITIK - KOMMENTAR: Chemnitz - besonders rechtslastig ...
- 9 SCHACH-SPHINX: Strategien sind sinnvoll
- 10 POLITIK - AUSLAND: Mexiko - AMLO verspricht Angehörigen der verschleppten Studenten aus Ayotzinapa Wahrheitskommission (poonal)
- 12 RECHT: Mexiko - 9 Jahre Haft für Ex-Gouverneur von Veracruz (poonal)
- 13 REPRESSION - FAKTEN: Mexiko - 43 (poonal)
- 13 UMWELT: Abkommen von Escazú - Die ersten 12 Unterschriften des lat.-karibischen Vertrages zur Verteidigung der Umwelt (Pressenza)
- 15 UMWELT: Kohleabbau - Schäden umfassender und nachhaltiger ...
- 17 VERANSTALTUNG: Sven-Ole Lüthke & Big Bad JOL , 16.11.2018
- 18 DIENSTE - WETTER: Und morgen, den 3. Oktober 2018

## DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

### Und morgen, den 3. Oktober 2018

+++ Vorhersage für den 03.10.2018 bis zum 04.10.2018 +++



Sonne, Wolken, Schauer,  
feucht und herbstlich kühl  
machen Jean auf Dauer  
schon ein Schlußgefühl.

#### IMPRESSUM

#### Elektronische Zeitung Schattenblick

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: [ma-verlag@gmx.de](mailto:ma-verlag@gmx.de)  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.